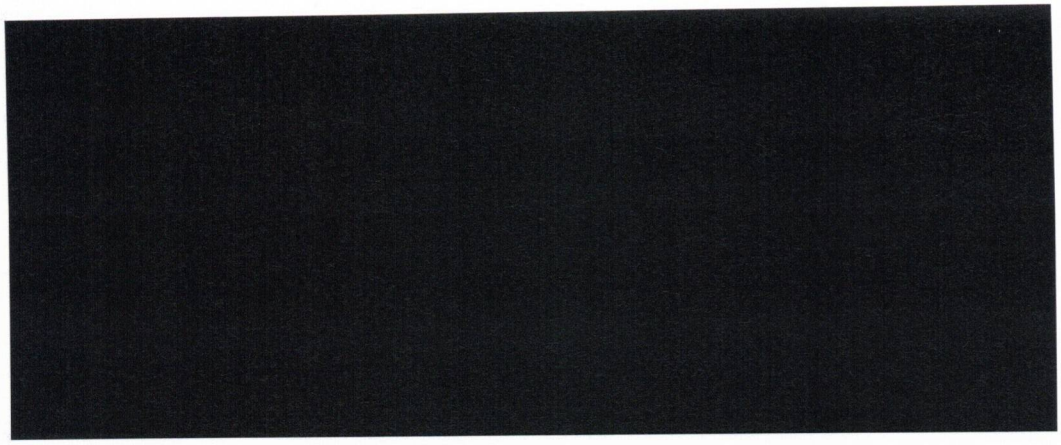
Stiftung
Familienunternehmen und Politik

[redacted]

[redacted]

Berlin, 8. Oktober 2026

[redacted]



Besonders große Sorge bereitet Unternehmerfamilien die **Anti-Geldwäsche-Regulierung**; Teile des EU-Pakets werden mit dem derzeit beratenen Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz (FF BMF) bereits umgesetzt. Einen robusteren Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterstützen die Familienunternehmen, nicht aber den Ansatz der Kommission, über das Transparenzregister auch die Öffentlichkeit, insbesondere Journalisten und Nichtregierungsorganisationen, unter Offenlegung personenbezogener Daten Dritter einzubinden. Das bringt Nachteile gegenüber globalen Wettbewerbern und handfeste Risiken für die persönliche Sicherheit der Unternehmerfamilien.

Die EU-Geldwäscheverordnung (GwVO), die ab dem 10. Juli 2027 gilt, verlangt die Eintragung von Ausweisdokumentennummer, persönlicher Identifikationsnummer sowie – besonders schwerwiegend – der vollständigen Wohnanschrift wirtschaftlicher Eigentümer. Trotz des gestaffelten Zugangs, wonach etwa NGOs die Wohnanschrift nicht direkt einsehen sollen, beunruhigt dies die Familien hinter unserer Stiftung enorm, die ihr Privatleben ohnehin nur mit großem Aufwand schützen können. Die Angabe der Wohnanschrift sollte daher aus dem Datenkranz der GwVO unbedingt gestrichen werden. Deutschland ist mit seinem ausgeprägten Familienunternehmertum unter den Mitgliedstaaten besonders betroffen. Und wie der Daten-Leak in Liechtenstein vor wenigen Wochen zeigt, können einmal erhobene Daten stets an die Öffentlichkeit gelangen. Vor dem Hintergrund wachsender Sicherheitsbedrohungen für Unternehmen und deren Gesellschafter ist die zunehmende öffentliche Exponierung ein wachsendes Risiko, das unbedingt ernst zu nehmen ist.

Wir bereiten daher einen Appell an den Herrn Bundeskanzler, den für den Datenschutz zuständigen Bundesinnenminister sowie die Datenschutzbeauftragten von Bund und EU mit dem Ziel vor, die Geltung der GwVO ab Sommer 2027 zu stoppen – zugunsten gezielter Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die dem Recht auf Achtung des Privatlebens (Art. 7 GRCh) und auf Schutz personenbezogener Daten (Art. 8 GRCh) gerecht werden.



[redacted]

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik ist im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter Registernummer R000083 registriert.